

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	<b>Kreistag Stendal</b>
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 16.07.2020
Sitzung Nummer:	12 ( KT/12/2020)
Sitzungsdauer:	18:00 - 22:03 Uhr
Sitzungsort:	Berufsschulzentrum des Landkreises Stendal, Schillerstraße 4, 39576 Hansestadt Stendal, Bürgerparkhalle (Sporthalle)

---

Annegret Schwarz  
Vorsitzende des Kreistages

---

Alessa Stobinski  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Frau Annegret Schwarz

#### Mitglieder

Frau Edda Ahrberg

Herr Arno Bausemer

Herr Ralf Berlin

Herr Mario Blasche

Herr Dr. med Jörg Böhme

bis 21.55 Uhr

Frau Edith Braun

Herr Matthias Büttner

Herr Andreas Cosmar

Frau Rosemarie Dizner

Herr Jürgen Emanuel

Herr Dr. Marcus Faber

Herr Dietrich Gehlhar

Frau Christel Güldenpfennig

Herr Bernd Hauke

Herr Jörg Hellmuth

Frau Carmen Kalkofen

Herr Hennig von Katte von Lucke

Frau Juliane Kleemann

Herr Rüdiger Kloth

Frau Katrin Kunert

Herr Peter Ludwig

Herr Herbert Luksch

Frau Sandra Matzat

Frau Doreen Müller

Herr Dr. rer. nat. Rudolf Opitz

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Bernd Prange

Herr Patrick Puhlmann

Frau Carola Radtke

Herr Günter Rettig

Herr Joachim Röxe

Herr René Schernikau

Frau Verena Schlüsselburg

Herr Klaus Schmotz

Herr Tiemo Schönwald

Herr Chris Schulenburg

Herr Nico Schulz  
Herr Andreas Siegmund  
Herr Ulrich Siegmund  
Herr Thomas Staudt  
Herr Jürgen Teubner  
Herr Eike Trumpf  
Herr Thomas Weise  
Herr Frank Wiese  
Herr Bernd Witt  
Frau Sandy Zacharias-Schulz

bis 21.30 Uhr

Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber

Herr Sebastian Stoll

**Abwesend:**

Mitglieder

Herr Björn Eckhard Dahlke

Herr Dietrich Schultz

entschuldigt

**Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
  - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
  - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
  - 4 Einwohnerfragestunde
  - 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Stendal vom 14.05.2020
  - 6 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse
  - 8 Grundsatzbeschluss zum Krankenhaus Havelberg  
Vorlage: 224/2020
  - 9 Fortschreibung der gültigen Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Berufsbildenden Schulen – Antrag zur Beschulung in der Schulform Berufsschule für den Beruf: Fachpraktiker für Metallbau gemäß § 66 BBiG/§42 HWO Absatz 3  
Vorlage: 218/2020
  - 10 Fortschreibung der gültigen Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Berufsbildenden Schulen – Antrag zur Beschulung in der Schulform Berufsschule für den Beruf: Fachpraktiker für Zerspanungsmechanik gemäß § 66 BBiG/§42 HWO Absatz 3  
Vorlage: 219/2020
  - 11 Anfragen und Anregungen
-

## Protokoll

### zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende des Kreistages eröffnet um 18:05 Uhr die 12. Sitzung des Kreistages Stendal. Sie beglückwünscht mit einem Blumenstrauß Herrn Teubner zu seinem heutigen Geburtstag.

### zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt 2.

Da es keine Einwendungen gegen die Einberufung gibt, wird die ordnungsgemäße Ladung festgestellt.

Es sind 46 Mitglieder anwesend.

Es fehlen 2 Mitglieder; Herr Dahlke und Herr Schultz.

Die Beschlussfähigkeit des Kreistages ist damit gegeben.

### zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende bittet aufgrund des heutigen Themas um Zustimmung von Rederecht.

Es liegt ein Antrag vom Betriebsrat der KMG-Klinken (Frau Braun) vor. Frau Braun bittet darum, im öffentlichen Teil zu sprechen. Die Prüfung hat ergeben, dass dies im Einzelfall möglich ist, wenn die Vertretung diesem Rederecht zustimmt.

Wer dem Rederecht von Frau Braun im öffentlichen Teil zustimmen kann, bitte ich um das Handzeichen.

➔ einstimmig zugestimmt

Der Bürgermeister von Havelberg, Herr Bernd Poloski, hat ebenfalls den Antrag gestellt, im öffentlichen Teil zu sprechen.

➔ einstimmig zugestimmt

Im nichtöffentlichen Teil bitte ich um Rederecht für die Johanniter GmbH, vertreten durch Herrn Dr. Krössin und Herrn Schmidt.

➔ einstimmig zugestimmt

Ebenfalls für den nichtöffentlichen Teil bitte ich um Rederecht für die Salus gGmbH, vertreten durch Frau Köhler und Herrn Jaskulski.

➔ einstimmig zugestimmt

Für den nichtöffentlichen Teil sowie für den öffentlichen Teil bitte ich um Rederecht für die Staatssekretärin Frau Bröcker vom Ministerium für Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt.

➔ einstimmig zugestimmt

Die Vorsitzende fragt, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt?

Herr Bausemer erläutert, dass in der heutigen Sitzung über das Krankenhaus Havelberg gesprochen wird. Diese Thematik ist von herausragendem öffentlichem Interesse. Aus diesem Grund beantragt er im Namen der AfD-Fraktion die Herstellung der Öffentlichkeit im Tagesordnungspunkt 7.

Die Vorsitzende erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 7 im nichtöffentlichen Teil behandelt wird, da dort berechnigte Interessen einzelner zum Tragen kommen können. Trotzdem wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

➔ 8 x Ja                                          5 x Enthaltung      mehrheitlich x Nein

Damit gilt der Änderungsantrag als abgelehnt.

Da es keine weiteren Änderungsanträge gibt, stellt die Vorsitzende die Tagesordnung zur Abstimmung.

➔ mehrheitlich Ja                          5 x Nein                                          2 x Enthaltung

#### **zu TOP 4    Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

#### **zu TOP 5    Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Stendal vom 14.05.2020**

Da es keine Einwände gibt, stellt die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 14.05.2020 zur Abstimmung.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich    Nein 0    Enthaltung 2*

#### **zu TOP 6    Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse**

Der Landrat berichtet wie folgt:

##### **1.    Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse**

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 16. Juni 2020 folgende Beschlüsse gefasst:

##### **Zur Drucksache Nr. 180/2020: Förderung der Kindertagespflege – hier: Festlegung der laufenden Geldleistung gemäß § 23 SGB VIII**

1.    Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Festsetzung der Höhe der laufenden Geldleistungen an Tagespflegepersonen gemäß § 23 SGB VIII (gemäß der Anlage 1).
2.    Die festgelegte Höhe der laufenden Geldleistung gilt
  - für die Tagespflege gemäß § 24 SGB VIII i.V.m. § 3 Abs. 5 Satz 1 oder § 6 KiFöG LSA
  - für die Tagespflege i.V.m. §§ 20, 27 oder 35a SGB VIII

3. Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses Drucksache 296/2016 vom 13.09.2016 wird durch diesen Beschluss ersetzt.
4. Die Neufestsetzung der Höhe der laufenden Geldleistung tritt am 01.07.2020 in Kraft.

#### **Zur Drucksache Nr. 203/2020: Bußgeldkatalog gemäß § 104 SGB VIII**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einen Bußgeldkatalog gemäß § 104 SGB VIII zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bei Verstößen gegen die §§ 43 (1), 45 (1) und 47 SGB VIII.

#### **Zur Drucksache Nr. 204/2020: Anpassung der Förderrichtlinie für die flexible Durchführung von Freizeiten während der Corona-Einschränkungen**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt für das Förderjahr 2020, dass abweichend von Ziffer 5.2. in Verbindung mit Ziffer 5.5. der Förderrichtlinie des Landkreises Stendal für Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischen Kinder- und Jugendschutz vom 01.01.2017 auch Freizeitmaßnahmen mit der Dauer von einem Tag mit bis zu 7,00 Euro pro Tag und Teilnehmer gefördert werden können.

Der Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 18. Juni 2020 folgenden Beschluss gefasst:

#### **Zur Drucksache Nr. 208/2020: Außerplanmäßige Ersatzbeschaffung eines Pumpenprüfstandes für die Feuerwehrtechnische Zentrale**

Der Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss beschließt die außerplanmäßige Ersatzbeschaffung des Pumpenprüfstandes für die Feuerwehrtechnische Zentrale i.H.v. 147.800 €.

Der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss hat in seiner Sitzung am 25. Juni 2020 folgende Beschlüsse gefasst:

#### **– Zur Drucksache Nr. 211/2020: Fehlbetragsausgleich 2020 Flugplatzgesellschaft Stendal-Borstel mbH**

Der KVPA beschließt, dass sich der Landkreis Stendal an einem zusätzlichen Fehlebetrag der Flugplatzgesellschaft Stendal-Borstel mbH anteilig beteiligen wird. Der insgesamt von allen Gesellschaftern auszugleichende Fehlbetrag ist dabei beschränkt auf den prognostizierten Wert des Worst-Case-Szenarios in Höhe von 93 TEUR.

#### **– Zur Drucksache Nr. 215/2020: Errichtung Schulcontainer Förderschule Helen Keller, Preußenstraße 44, 39576 Hansestadt Stendal - Los 01 - Kauf, Liefern und Aufbau Raumcontainer**

Nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung gem. § 3 Abs. 1 VOL/A sowie rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung wird beschlossen, für die Maßnahme: Errichtung Schulcontainer Förderschule Helen Keller in Stendal – Los 01 – Kauf, Liefern und Aufbau Raumcontainer der Firma BCS Containersystem e.K. aus Daxweiler den Zuschlag zu erteilen. Die Auftragssumme beträgt 232.180,90 EUR brutto. Das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Stendal liegt vor.

– **Zur Drucksache Nr. 216/2020: Energetische und allgemeine Sanierung des Gymnasiums "Hildebrand" Mönchskirchhof 2 c, 39576 Hansestadt Stendal - Los 100 Container-Interims**

Nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung gem. § 3 Abs. 1 VOL/A sowie rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung wird beschlossen, für die Maßnahme: Energetische und allgemeine Sanierung des Gymnasiums „Hildebrand“ Stendal – Los 100 – Container-Interims der Firma ELA Container GmbH aus Haren (Ems) zur Miete der Container den Zuschlag zu erteilen. Die Auftragssumme beträgt 223.938,84 € brutto. Das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Stendal liegt vor.

## **2. Corona**

In den letzten 7 Tagen gab es, nach vielen Wochen ohne Neuinfektionen, 2 neue Fälle. In der vergangenen Woche gab es bereits 1 positive Meldung von einem Abstrich aus einem Gesundheitsamt aus dem süddeutschen Raum, wo die Person jedoch im Landkreis Stendal gemeldet ist. Diese Person hält sich weiterhin im süddeutschen Raum auf und verbringt dort auch die Quarantäne. Daraus ergaben sich trotzdem 3 Quarantänen für Kontaktpersonen im Landkreis Stendal. Weiterhin wurde bei einem Aufnahmeabstrich im Krankenhaus 1 Person positiv auf Corona getestet. Daraus ergab sich, dass heute ca. 40 Leute aus dem Bereich sowie weitere Personen aus dem Umfeld abgestrichen wurden. Es wurde keine Quarantäne für den gesamten Bereich, sondern nur für direkte Kontaktpersonen verhängt. Dies betrifft 9 Personen. Die infizierte Person ist weiterhin symptomfrei. Morgen sind erste Ergebnisse zu erwarten.

## **3. Krankenhaus Havelberg**

Bevor wir in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung übergehen, möchte ich einige Dinge zum heutigen Sitzungsgegenstand ausführen. Ich nehme den 25.06.2020 als Ausgangspunkt, denn das war der Tag, an dem in Havelberg erneut eine Großdemo stattfand und an dem ich meine Einschätzung öffentlich gemacht habe. Es ist derzeit keine Lösung absehbar bei der das Krankenhaus, wie wir es kennen, nahtlos weitergeführt werden kann. Einige Tage früher hatte ich bereits eine Reihe von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen diese Einschätzung in kleiner Runde mitgeteilt, da es um deren Arbeitsplätze geht und sie bereits früher von mir Klarheit verlangt haben. Die Demo und meine düstere Prognose haben eine ganz neue Dynamik in die Angelegenheit gebracht. Schon am 25.06.2020 im Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss (KVPA) gab es die klare Aufforderung im Kreistag alle Optionen darzulegen, inklusive der Option „Übernahme durch den Landkreis“. Kurz darauf, am 01.07.2020, gab es erneut Gespräche im Gesundheitsministerium. Dort wurde Unterstützung zugesagt. Die Stichworte Fördermittelzweckbindung, Krankenhausstrukturfond und andere müssen für den Fall, dass das Krankenhaus durch kommunale Hände geht, erwähnt werden. Letzten Donnerstag gab es eine Landtagsdebatte, bei der sich im Landtag alle einig waren, dass das Land den Landkreis bei der Krankenhausübernahme unterstützen soll. Das war und das ist aus meiner Sicht ein gutes Ergebnis. Es ist eine klare Aussage und weder Finanzministerium noch Gesundheitsministerium können meiner Einschätzung nach ohne weiteres davon abweichen. Das ist eine neue Situation. Diese schafft eine deutlich höhere Verbindlichkeit durch das Land, was die Bereitstellung von Mitteln für die Umwandlung des Krankenhauses in ein Zentrum der medizinischen Grundversorgung, mit der Möglichkeit einer stationären Patientenversorgung, betrifft. Wir kriegen heute Konzepte vorgelegt, die auch den Fraktionsvorsitzenden in der letzten Woche vorgestellt wurden. Ziel ist heute einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Warum nur einen Grundsatzbeschluss?

Wenn wir jetzt in konkrete Vertragsverhandlungen mit dem jetzigen Betreiber KMG gehen, benötigen wir seitens der Verwaltung einen geeigneten externen Rechtsbeistand um auf Augenhöhe verhandeln zu können. Ein solcher externer Rechtsbeistand kostet Geld, welches wir für die Gesundheitsgrundversorgung gerne ausgeben möchten. Dafür muss allerdings klar sein, dass der Kreistag diese Umwandlung in ein hier vorgestelltes Modell haben will. Aus diesem Grund muss ein Grundsatzbeschluss gefasst werden.

1. Was auch immer über den Sommer an fertigen Verträgen ausgehandelt wird, muss dem Kreistag noch einmal vorgestellt und entschieden werden.

2. Unabhängig vom heutigen Ergebnis, werde ich keiner Lösung zustimmen, die den Landkreis in unabsehbare Abenteuer stürzt. Ich weiß aber auch, ein Rundum-Sorglos-Paket ohne jedes Risiko ist illusorisch. Wir müssen eine Entscheidung für den Gesundheitsstandort fällen und ich bin bereit diesen Weg zu gehen.
3. Aus meiner Sicht müssen wir uns heute entscheiden, mit welchem Partner wir agieren wollen. Mit beiden Anbietern weiter zu verhandeln klingt zunächst vernünftig. Wer mehr Optionen hat, hat natürlich bis zum Ende eine Rückfalloption. Bei näherer Betrachtung wird es aber vollkommen unpraktisch, wenn wir an die konkrete Umsetzung denken. Ich befürchte und ich glaube auch nicht daran, dass sich Krankenkassen, Ministerium und die niedergelassenen Ärzte darauf einlassen werden, sich jedes Mal zweimal hinzusetzen und Modelle zu verhandeln. Solche Verhandlungen sind dann praktisch nicht auszuführen und warum sollten sich die jeweiligen Anbieter auf so etwas einlassen? Ich plädiere deshalb auf eine konkrete Festlegung auf einen Partner zur Betreuung eines vom Landkreis übernommenen Krankenhauses.
4. Auch wenn der Landkreis Eigentümer werden sollte, halte ich eine Betreuung des Standortes durch den Landkreis für außerhalb der Leistungsfähigkeit liegend. Wir sind auf externe Unterstützung angewiesen.
5. Nun zur Vorlage selbst. Es ist mehr oder weniger ein Rumpf. Es kommt am Ende nicht so sehr auf die jetzt rein formulierte Beschlussvorlage, sondern auf die Position des Kreistages an. Ich freue mich über die Vielzahl von Änderungsanträgen die zum Teil sehr viel klarer sind als der, letzte Woche von mir, seitens der Verwaltung vorgestellte Beschluss. Je klarer der Auftrag wird, umso klarer wird die Arbeit an der Umsetzung und desto klarer wird die Verhandlungsposition.

Da es keine Fragen zum Bericht des Landrates gibt, schließt die Vorsitzende den ersten öffentlichen Teil der Sitzung und lässt für den Tagesordnungspunkt 7 die Nichtöffentlichkeit herstellen.

#### **zu TOP 8 Grundsatzbeschluss zum Krankenhaus Havelberg Vorlage: 224/2020**

Die Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt 8. Zu dieser Beschlussvorlage liegen 6 Änderungsanträge vor.

- Antrag der Fraktion DIE Linke - Eingang am 15.07.2020 um 7.37 Uhr
- Antrag der Fraktion Pro Altmark - Eingang 16.07.2020 um 09.15 Uhr
- Antrag der AfD-Fraktion - Eingang 16.07.2020 um 11.19 Uhr
- Antrag der SPD-Fraktion - Eingang 16.07.2020 um 11.22 Uhr
- Antrag der CDU-Fraktion - Eingang 16.07.2020 um 11.59 Uhr
- Antrag der Fraktion FDP-Bündnis 90/Die Grünen-Landwirte für die Region - Eingang 16.07.2020 um 15.07 Uhr

Nach dem diese Anträge vorlagen, wurde zusammen mit dem Büro Kreistag eine Prüfung der Anträge vorgenommen. Es musste festgelegt werden, in welcher Reihenfolge die Anträge zu behandeln sind. Das Ergebnis der Prüfung möchte ich Ihnen mitteilen:

1. Der weitreichendste Antrag ist der Antrag der Linken, weil dort die sofortige Übernahme, sowie die Festlegung auf die Salus gGmbH festgeschrieben ist.
2. Als nächstes wird der Antrag der AfD-Fraktion behandelt, weil dort auch die Übernahme zum nächstmöglichen Zeitpunkt gefordert wird. Zudem wird eine Beschäftigungsgarantie für die Mitarbeiter gefordert. Allerdings findet keine Festlegung eines Verhandlungspartners statt.
3. Im Antrag der SPD-Fraktion wird ebenfalls die Übernahme des Krankenhauses und Errichtung eines Zentrums mit medizinischer Grundversorgung mit der Salus gGmbH gefordert. Es findet keine konkrete Terminsetzung für den Kreistag statt.

4. Im Antrag von Pro Altmark geht es um die Errichtung einer Portalklinik durch die Johanniter GmbH. Der Landrat hat hier Verhandlungen aufzunehmen. Ergebnisvorlage mit Terminsetzung ist die Kreistagsitzung am 24.09.2020.
5. Der Antrag der Fraktion FDP-Bündnis90/Die Grünen-Landwirte für die Region fordert ebenfalls die Übernahme des Krankenhauses. Der Träger ist allerdings offen und es gibt keine Terminsetzung für die Vorlage vor dem Kreistag.
6. Zum Schluss wird dann der Antrag der CDU-Fraktion vorgestellt und behandelt. Der Antrag entspricht im Großen und Ganzen der Beschlussvorlage. Allerdings gibt es eine Änderung der Fristsetzung. Die Verhandlungen haben unverzüglich stattzufinden. Die Träger sind offen.

Gibt es weitere Anträge oder Änderungen zu den vorliegenden Anträgen?

Dies ist nicht der Fall.

Frau Kleemann möchte für das Protokoll festhalten, dass Ihre Mail bereits am 16.07.2020 um 07.52 Uhr versandt wurde.

Die Vorsitzende erläutert, dass entscheidend ist, wann die Mail in der Verwaltung eintrifft.

Bereits im Vorfeld wurde sich darauf verständigt, dass Herrn Poloski, Frau Braun und der Staatssekretärin Bröcker das Wort erteilt werden soll.

Die Vorsitzende schlägt vor, zunächst Herrn Poloski, danach Frau Braun (Betriebsrat KMG-Klinik) und im Anschluss Frau Bröcker das Wort zu erteilen.

Dazu gibt es keine Gegenrede.

Herr Poloski führt wie folgt aus:

Sehr verehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrter Herr Landrat,  
verehrte Mitglieder des Kreistages,

herzlichen Dank, dass Sie mir ein weiteres Mal die Möglichkeit geben, mich zum Thema Havelberger Krankenhaus bzw. zum Erhalt der ambulanten und stationären Grundversorgung in der Region Havelberg vor dem Kreistag zu äußern. Ich tue dies nachdrücklich auch im Namen der Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates sowie zahlreicher Bürgerinnen und Bürger der Stadt Havelberg.

Meine Damen und Herren,

wie Sie wissen, wurden der damalige Landrat und ich am 08. Januar vom Vorstandsvorsitzenden über die beabsichtigte Schließung des KMG-Klinikums in Havelberg informiert. Bereits einen Tag später wurde der Kreistag unterrichtet.

Mittlerweile ist mehr als ein halbes Jahr vergangen, ohne dass es einen ganz konkreten Lösungsansatz, geschweige denn eine Lösung für eine adäquate Aufrechterhaltung der medizinischen Akut- und Grundversorgung in Havelberg und Umgebung gibt. Würde morgen das Krankenhaus die Türen nun gänzlich schließen, hieße das nicht nur den völligen Verlust der stationären Versorgung, sondern auch der ambulanten, denn das MVZ würde dann auch nicht mehr seine vor allem chirurgischen Leistungen erbringen können.

Aber unabhängig davon: Spätestens in 8 – 10 Wochen gibt es ohnehin weder einen Arzt noch eine Schwester in diesem Haus bzw. im bestehenden Anstellungsverhältnis, denn die letzten Kündigungen werden mit dem 30.09. endgültig wirksam.

Unterm Strich bleiben dann für die Not- und Akutversorgung lediglich noch ein Rettungswagen und ein Notarzt aus dem Pool der niedergelassenen Ärzte. Für ein Grundzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums aus unserer Sicht völlig inakzeptabel. Deshalb muss ich den Landkreis auffordern, endlich klare Entscheidungen und verbindliche Aussagen zu treffen.



Seit über einem halben Jahr laufen wir ungebremst auf das geschilderte Szenario zu und können den Menschen vor Ort nicht sagen, wie es dann weitergehen soll.

Bereits am 19. März wurde dem Kreistag durch den Landrat eine Beschlussvorlage mit dem Betreff: „Entscheidung über den Rückkauf vom Krankenhaus Havelberg“ vorgelegt. Allerdings ist eine Abstimmung seinerzeit aus nachvollziehbaren Gründen zunächst vertagt worden. Seither sind aber weitere vier Monate ins Land gegangen und für mich erschließt sich aus der heutigen Beschlussvorlage leider nicht wirklich, was jetzt konkret bis wann und mit wem verhandelt werden soll.

Darüber hinaus ist für mich keine Alternative der medizinischen Grundversorgung für die Zeit nach dem 30.09. erkennbar, sollte es nicht zu einem Träger- bzw. Betreiberwechsel kommen.

Weiterhin ist anzumerken, dass von Anbeginn bereits die in der Beschlussvorlage aufgeführten Fragestellungen zu klären waren. Offensichtlich ist dies nicht möglich gewesen oder zufriedenstellend gelungen.

Mit anderen Worten: Die Situation stellt sich heute nach der Vorlage scheinbar nicht wesentlich anders dar als am 19.03., obwohl durch das Land mögliche Lösungswege aufgezeigt wurden. Wie lange kann man den Betroffenen so etwas überhaupt vertretbar zumuten?

Es liegt mir fern, irgendjemanden persönlich dafür verantwortlich zu machen, aber letztlich wird und kann niemand, weder Ihnen, Herr Landrat, noch dem Kreistag den Sicherstellungsauftrag bzw. die Verantwortung für die medizinische Grundversorgung in und um Havelberg abnehmen.

Dennoch sehe ich insbesondere auch das Land in der politischen und moralischen Pflicht. Es darf sich dieser Pflicht keinesfalls entziehen. Denn es reicht nicht aus, im Landtag in fast harmonischer Einigkeit wohlwollende Reden zu halten, wenn den Worten nicht auch Taten folgen.

Von daher sehe ich für eine schnelle und nachhaltige Lösung die unmittelbare Einbindung des Landes über ihre bestehenden Landesbeteiligungen als unverzichtbar an.

Sehr verehrte Anwesende,

sollte es heute wieder nicht zu einer klar formulierten Entscheidung kommen, mit wem, bis wann und mit welcher gemeinsamen Zielsetzung final verhandelt werden soll, befürchte ich das endgültige Aus für eine bedarfsgerechte und sinnvolle Symbiose von stationärer und ambulanter Versorgung an diesem Standort.

Über die politischen Konsequenzen eines Scheiterns sollten sich ebenfalls alle im Klaren sein. Man kann nicht ständig die herausragende Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beschwören, wenn nicht den spezifischen regionalen und örtlichen Bedingungen entsprechend Rechnung getragen wird.

Viel zu oft erfahren die Menschen in der Praxis, vor allem in Dörfern und Kleinstädten, Entwicklung in Form von Abwicklung.

Das werden sie auf Dauer nicht widerspruchslos hinnehmen.

Auch dazu habe ich mich am 19.03. bereits eindringlich geäußert.

Ich empfehle Ihnen eine Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Vehlgest, einem Ortsteil von Havelberg, in die Kreisstadt Stendal, ins Johanniterkrankenhaus. Sie starten um 05:33 Uhr und sind, wenn alles gut läuft, gegen ca. 08:30 Uhr am Ziel.

Danke, dass Sie mir zugehört haben.

Frau Braun erhält nun das Rederecht und äußert sich wie folgt:

Wir schauen uns um, nach rechts, wir schauen uns um, nach links. Rechts steht die KMG, links das Land Sachsen-Anhalt. Wir stehen in der Mitte, werden hin und her gezerrt. Fragen über Fragen! Worum geht es hier?

Der Konzern, der mit uns seit Jahren diesen unwahrscheinlichen Ballast rumschleppt, wie er behauptet und uns nun einfach nicht abschmeißen kann oder will?! Warum macht die KMG nicht einfach Schluss? Warum? Weil dann noch ungeklärte, unausgesprochene Dinge hinter diesem Vorhang sind, die weiterhin verborgen bleiben sollen?!

Nun wird bereits ein halbes Jahr darüber nachgedacht, wie es mit dem Personal des KMG-Klinikums Havelberg und der medizinischen Versorgung der Bevölkerung weitergehen soll. Oder wird einfach nur darauf gewartet, ob wir, die Arbeitnehmer des KMG- Klinikums Havelberg, endlich von alleine das Handtuch werfen?

Das Personal, das seit Monaten ein Krankenhaus mit Ach und Krach, mit Schieben und Drängen und viel Aufwand versucht, am Leben zu halten. Die KMG bediente sich während der Zeit am Personal und presst, wie unse-

re Kollegin Karola immer so trefflich sagt, eine trockene Zitrone weiter und weiter, bis nur noch Staub kommt, aus. Es ist erstaunlich, was noch alles so herauskommt.

Warum so viel Mühe, warum macht die KMG nicht endlich ein Ende?

Weil irgendwo immer noch ein Geldtopf steht, der die Mühe wert ist. Corona hat sich noch mal richtig gelohnt, kam gerade recht.

Wir, jetzt noch ca. 30 Beschäftigte im KMG Klinikum Havelberg, machen immer weiter und weiter, die Energie scheint unerschöpflich.

Wir sagen Ihnen:

„Organisiert und einig, versuchten wir unsere Arbeitsplätze zu retten. Versuchten, unsere Existenzen zu sichern. Als dieses Ziel vor wenigen Wochen weg gebrochen ist, sagten wir uns, dass wir wenigstens für unsere Region das Optimum herausholen wollen und noch mal alles probieren müssen. Das wir uns nicht kleinkriegen und in die Knie zwingen lassen. Zuviel haben wir schon geleistet für dieses Ziel. Ja wir haben Federn gelassen. Aber die KMG kommt aus dieser Schlacht auch nicht ohne Schaden heraus.

Welche Interessen stehen hinter den jeweiligen Gruppen:

- Wir, die Arbeitnehmer wollen unsere Arbeitsplätze erhalten, sowie die medizinisch Grundversorgung für die Bevölkerung.
- Die KMG. Welche Ziele verfolgen Sie? Sie möchte ihre Profite weiterhin erhalten. Standortwahrung durch das geplante Seniorenheim. Sie möchten verhindern, dass es zu einer Rückzahlung in Millionenhöhe an das Land SA kommt. Weiterhin möchten Sie Patienten für Kyritz sichern.
- Was das Land Sachsen-Anhalt will? Das frage ich mich manchmal auch.

Das Land Sachsen-Anhalt sieht seit einem halben Jahr dabei zu, wie Personal und Arbeitgeber sich eine Schlacht nach der anderen liefern. Aber wir haben nicht aufgegeben und die Menschen hier aus unserer Region stehen hinter uns. Nun können Sie hier in Stendal und in Magdeburg auch nicht mehr anders. Müssen Reaktion zeigen! Eine Sondersitzung des Kreistages, eilig einberufen! Die Sommerpause droht!

Nun wird hier heute entschieden, wie mit dem Krankenhaus Havelberg weiter verfahren wird.

Wir hoffen, dass all die vielen Fragen hier heute wenigstens zu einem kleinen Teil beantwortet werden. Und wir hoffen, dass sie uns an ihrem Wissen teilhaben lassen. Wir hoffen, dass kein weiteres halbes Jahr verstreichen muss. Wir hoffen, wenn es einen Plan gibt, dass wir mit einbezogen werden! Wir hoffen, dass man sich für unsere Ideen und Visionen interessiert.

Neben den vielen Enttäuschungen der vergangenen Wochen und Monate brauchen wir heute ein klares Signal der Hoffnung. Dieses Signal der Hoffnung kann nur darin bestehen, dass der Landkreis das Krankenhaus übernimmt und in öffentlicher Trägerschaft zusammen mit der Salus gGmbH betreibt. Diese Entscheidung können wir nicht mehr vertagen, ansonsten ist das letzte Fünkchen Vertrauen verloren und es wird bald niemand mehr da sein, der die Gesundheitsversorgung im Raum Havelberg aufrechterhalten wird.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Frau Staatssekretärin Bröcker stellt nun die Stellungnahme des Landes vor.

Ich danke Ihnen erst einmal, dass ich heute die Gelegenheit bekomme hier zu dieser Thematik zu sprechen. Ich kann nachvollziehen, dass es für Sie heute keine leichte Entscheidung ist, da es eine sehr komplexe Gemengelage ist. Ich selbst bin seit Januar 2020 an den Gesprächen beteiligt. Ein wesentlicher Akteur, der eine Rolle spielt, ist heute hier nicht anwesend. Dies sind die Kassen und die Kassenärztliche Vereinigung. Ich möchte nicht in die Vergangenheit blicken, denn ich denke es ist Zeit, heute eine Entscheidung zu treffen, die die Gestaltung der gesundheitlichen Versorgung in Havelberg vorantreibt. Wir wissen alle, dass ein Krankenhausbetrieb, so wie er bisher war und vom Land unterstützt wurde, nicht mehr möglich ist. Havelberg hat immer eine besondere Rolle in der Krankenhausversorgung gespielt. Insofern sind 2013 noch einmal Fördermittel geflossen, um diesen Standort zu stabilisieren. Dennoch ist die Entwicklung nun so wie sie ist und wir müssen gucken, wie wir diesen Standort in der medizinischen Grundversorgung stabil halten. Die Landespolitik hat immer gesagt, alle Standorte im Land Sachsen-Anhalt, die jetzt stationäre Versorgung vorhalten, sollen für die Versorgung gesichert werden.

Dafür brauchen wir ein Konzept. Und wir wissen auch, dass gerade das Betreiben von Krankenhäusern im ländlichen Raum immer mehr zu Problemen führt, weil wir teilweise das Problem haben die Fachkräfte/Fachärzte nicht mehr zu finden. Es ist aber auch die Tatsache, dass die medizinische Versorgung sich verändert, mehr Leistungen ambulant angeboten werden können, und dass der demografische Wandel auch auf die Angebote Einfluss hat. Wir haben in den 6 Monaten nicht untätig zugesehen, sondern wir haben versucht auszuloten welche Möglichkeiten bestehen. Am Ende haben wir aber auch gesagt, dass es wichtig ist, dass der Kommunalträger die Verantwortung für dieses Thema der Daseinsvorsorge übernimmt und darauf aufbauend etwas Neues gestalten kann.

Insofern ist der Meilenstein, der heute erreicht werden könnte, dass mit der Entscheidung der Landkreis übernimmt die Verantwortung und sucht sich einen passablen Kooperationspartner der ein Konzept entwickelt, wie hier medizinische Versorgung gewährleistet werden soll. Natürlich sind nicht alle Fragen, die Sie bewegen, auch was die finanziellen Risiken angeht, heute schon abschließend zu klären. Das wäre ja jetzt die Aufgabe für den Sommer, dass dann bis zum September zu klären.

Eines kann ich allerdings sagen. Der Krankenhausstrukturfond steht zur Verfügung für Schließungskosten die ein Krankenhaus produziert. Nach der Debatte im Landtag der letzten Woche, wo sich alle Fraktionen dafür ausgesprochen haben, diesen Standort hier zu erhalten und ein neues Konzept mit zu fördern, wird natürlich das Land mit in die Verantwortung genommen für die Frage, wie die Anlaufkosten finanziert werden sollen. Momentan haben wir als Gesundheitsministerium nur Mittel für den Krankenhausstrukturfond und Krankenhausinvestitionen zur Verfügung. Aber wir brauchen für diese neuen Modelle Anschubfinanzierung und ich bin mir nach allen Bekundungen sicher, dass das auch ein Weg ist um grundsätzlich Modelle für den ländlichen Raum zu entwickeln. Dort könnte Havelberg die Blaupause sein und damit kommt die Salus ins Spiel. Die Salus gGmbH ist eine Gesellschaft, wo der Gesellschafter der Finanzminister ist und der Landrat aus dem Altmarkkreis. Ein öffentlich-rechtlicher Träger, der hier keine wirtschaftlichen Interessen hat, der unter stetiger Kontrolle des Finanzministeriums steht. Das heißt, wir haben hier einen Träger der keine Patienten nach Salzwedel oder Gardelegen locken wird, sondern nur das Interesse daran hat ein Modell zu entwickeln, was gesundheitliche Versorgung unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen sichert. Natürlich müssen wir auch für eine sektübergreifende Versorgung auf der Bundesebene kämpfen. Das machen wir schon lange und das werden wir auch weiterhin tun. Unter den gegebenen Bedingungen hier brauchen wir erst einmal Entscheidungen. Deswegen wäre die erste Entscheidung zu treffen, der Landkreis übernimmt die Verantwortung. Wir klären die Fragen, die zu klären sind bis zum September. Da haben Sie die Zusage des Landes, dass wir das positiv begleiten. Aber natürlich müssen wir auch realistisch sein. Nicht alle Fragen die zu klären sind kennen wir jetzt schon. Wir werden dafür werben, dass die Kassen und auch die Kassenärztliche Vereinigung, bereit sind an diesem Modell mitzuarbeiten.

Sie haben die gesamte Zeit die Gespräche begleitet und erwarten jetzt, dass etwas konstruktives auf den Tisch kommt.

Dann noch einmal zur Rolle der Johanniter:

Ich habe eben auch mit Herrn Dr. Krössin gesprochen. Wir predigen überall, dass die Krankenhäuser kooperieren müssen. Das wäre auch in diesem Fall eine Möglichkeit, zwei unterschiedliche Interessen zu verbinden. Wenn beide Seiten bereit sind zu kooperieren, kann aus dem Ganzen, insbesondere unter Mitwirkung der Experten/innen, etwas werden. Deshalb werbe ich dafür, dass Sie sich für diesen Weg heute entscheiden. Es wäre für Havelberg und das Land ein guter Schritt.

Für die Kreistagsmitglieder besteht nun die Möglichkeit Fragen an Frau Bröcker zu richten.

Herr Schulz: Wir wissen seit einem halben Jahr, dass das Krankenhaus in Havelberg geschlossen werden soll. Der Landrat führt mit seinen Mitarbeitern seit einem halben Jahr Verhandlungen dazu. Warum erst jetzt solche Aussagen?

Beide Konzepte, sowohl von den Johannitern als auch der Salus, haben den Bestandteil der Geriatrie in dem neuen Betreibermodell vorgesehen. Die KMG wollte unter Einbindung einer geriatrischen Einrichtung den Bestand dort sichern. Die KMG hat keine Genehmigung hierfür vom Sozialministerium bekommen. Warum nicht? Warum sollten nun ausgerechnet die neuen Betreiber diese Zusage vom Ministerium erhalten? Ich glaube dort ist in Ihrem Hause sehr viel schief gelaufen zu Lasten der Region.

Frau Bröcker: Wenn wir jetzt über Geriatrie sprechen, dann sprechen wir über ein ambulantes Angebot in der Geriatrie und nicht über ein stationäres. Zu der Zeit war ich noch nicht in der Verantwortung, aber es ist wohl damals so entschieden worden, weil die geriatrischen Angebote immer in größeren Krankenhäusern mit interdisziplinärer Kompetenz (Inneren, Chirurgie und Orthopädie) angeboten werden sollen, weil eben multimorbide

Patienten sehr viele unterschiedliche Fachdisziplinen benötigen um gut versorgt zu sein. Jetzt ist es so, dass wir natürlich auch über eine ambulante geriatrische Versorgung durchaus nachdenken.

Herr Staudt: Haben Sie oder das Ministerium etwas gegen andere Mitbewerber? In Ihrem Vortrag haben Sie geäußert, dass ein Zusammenschluss mit der Salus gGmbH eine Lösung darstellen würde. Steht für Sie im Ministerium nur ein Bewerber fest, der es werden kann?

Frau Bröcker: Nein, das ist nicht so. Ich weiß nicht, welches Konzept Herr Dr. Krössin heute hier vorgestellt hat. Wenn es das ist, welches bereits vor einiger Zeit in einer Telefonkonferenz vorgestellt wurde, dann haben wir dort das Signal von den Kostenträgern bekommen, dass sie darin keine Basis für weitere Gespräche sehen.

Herr Staudt: Der Kreistag hat am 19.03.2020 einen Beschluss über einen Kaufvertrag verschoben. Ich möchte nun den Dampf mal von uns nehmen, da wir dargestellt werden, als ob wir keine Entscheidung treffen wollen. Für mich musste ich feststellen, dass ich in den letzten drei-vier Monaten nicht ausreichend Informationen hatte, um eine Entscheidung hätte treffen zu können. Ich glaube so geht es vielen hier im Raum. Wo war das Ministerium die letzten 3-4 Monate? Ich glaube, die Leute in Havelberg aber auch wir das Recht haben nicht nur blumige Zusagen zu bekommen, sondern Fakten zu bekommen, wie und in welcher Höhe und ob überhaupt eine Unterstützung durch das Land stattfindet.

Wir sind diejenigen die heute eine Entscheidung treffen müssen, ob es im September weitergeht oder nicht. Der Landkreis kann das Krankenhaus nicht finanzieren. Deshalb muss das Land eine klare Zusage treffen, ob wir was bekommen und ob wir uns das leisten können.

Frau Bröcker: Wir haben den Landrat von Anfang an dabei unterstützt, mit KMG, mit den Kostenträgern und mit der Kassenärztlichen Vereinigung zu verhandeln. Das sind die Player die im ambulanten Bereich das Sagen haben. Wir können da zwar werben, aber die Konzepte müssen überzeugen. Insofern haben wir da viele Gespräche geführt um herauszufinden, zu welchen Bedingungen KMG bereit ist, das Krankenhaus abzugeben. Es war auch lange Zeit im Gespräch, dass zwischen KMG und einem neuen Träger direkt ein Vertrag zustande kommt. Dies ist auch gescheitert. Insofern hat sich in der Diskussion jetzt dieser Weg herausentwickelt und der funktioniert auch nur, wenn das Konzept, welches in den nächsten Wochen zu erarbeiten ist, durch die Kostenträger mitgetragen wird.

Der Landrat: Ich beziehe die Frage auch darauf, warum wir nicht ein anderes Modell weiterbetrieben haben. Am 19.03.2020 hat der Kreistag, nicht der Landrat, den Beschluss verfasst das Krankenhaus zu übernehmen. Soweit sind wir uns glaube ich einig. Es war damals in der Diskussion klar, ein bevorzugtes Modell, genau wegen der Risiken, die wir auch heute hier mehrfach angesprochen haben, ist dieses von der Staatssekretärin genannte Konzept oder die direkte Übernahme eines Trägers bevorzugt gewesen. Das war auch in den folgenden Monaten mein bevorzugtes Modell gewesen. Darüber habe ich auch im Kreistag berichtet, dass das das vorangetriebene Modell ist. Das dieses Modell nicht funktionieren wird, habe ich selbst öffentlich gemacht am 25.06. Dies geschah auf Grundlagen von Gesprächen, die eine Woche zuvor in Havelberg zwischen KMG und den jeweiligen Trägern, welche sich heute vorgestellt haben, stattgefunden haben. Das ist der Grund, warum es dann darum ging etwas anders zu machen. Und jetzt will ich hören, wer es lieber gehabt hätte dass sich der Landkreis von Anfang an selber einbringt, das habe ich so der Debatte am 19.03.2020 nämlich nicht entnommen. Jetzt stehen wir vor einer anderen Situation. Dieses bevorzugte Modell steht nicht zur Wahl. Den einzigen Ausweg den ich sehe ist, dass sicher der Landkreis selber engagiert.

Herr Bausemer: Ja, Herr Puhmann. Vielleicht habe ich eine gewisse gestörte Wahrnehmung, aber am 19.03.2020 haben wir sehr detaillierte Ausführungen von Herr Stoll gehört, welche Möglichkeiten es gibt. Dort war auch schon von der Johanniter und der Salus die Rede. Seit dem ist wirklich wenig passiert, das müssen Sie eingestehen. Ich war ähnlich wie Herr Schulz, Frau Kunert und Frau Paschke, bei der letzten Demo in Havelberg dabei. Da mussten wir als erstes erfahren, dass Sie Herr Puhmann diese Gespräche abgebrochen haben. Das erfahren wir Kreistagsmitglieder auf einer Demo? Schon sehr seltsam. Was aber viel interessanter war - ich habe der Rede von Herrn Gallert sehr aufmerksam zugehört - er hat dort vorgetragen, dass er mit Ihnen Gespräche geführt hat und Sie in diesen geäußert hätten, dass Sie gern etwas unternehmen würden, aber der Kreistag dort nicht mitmachen würde. Dies finde ich sehr befremdlich. Es ist wichtig, dass wir heute hier zusammenkommen und hier darüber sprechen. Das die Versorgung dort gewährleistet sein muss, darüber sind wir uns alle einig. Darüber einig waren wir uns aber bereits vor 4 Monaten. Warum wir jetzt erst so spät zusammenkommen und hier die Möglichkeiten eruieren, wo die Verträge der Beschäftigten in den nächsten Wochen auslaufen, verstehe ich nicht. Deswegen an Sie Frau Staatssekretärin meine Frage: Inwiefern geben Sie heute eine Beschäftigungs-

rantie für die Beschäftigten des Havelberger Krankenhauses bis dann möglicherweise die Salus gGmbH oder die Johanniter GmbH diesen Betrieb aufnehmen?

Frau Bröcker: Es ist klar, dass ich keine Beschäftigungsgarantie abgeben kann. Der Vertrag existiert zwischen dem Landkreis und der KMG aus 2002. Eine Beschäftigungsgarantie kann nur derjenige geben, der die Arbeitgeberfunktion hat. Diese haben wir nicht. Für die Zukunft heißt es ja, dass wir den Standort umwandeln müssen mit einem neuen Konzept, welches jetzt erarbeitet werden muss. Da kann ich nicht vorab sagen, wie viele Beschäftigte dort garantiert ein Arbeitsverhältnis erhalten werden. Das ist abhängig davon, wie dieses Konzept zu Stande kommt und ob eine Mitfinanzierung der Kassen stattfindet.

Herr Katte von Lucke: Ich habe positiv zur Kenntnis genommen, dass Sie hier gesagt haben, Sie werden das Verfahren positiv begleiten. Das heißt für mich, Sie werden den Landkreis finanziell so unterstützen, dass die Konzepte umgesetzt werden können, unabhängig davon, wer der Betreiber sein wird.

Frau Bröcker: Das Konzept ist einmal abhängig davon, ob die Kassen es anerkennen und davon, welche Defizite dort entstehen. Ich spreche hier nicht nur für das Gesundheitsministerium, sondern von dem Willen des Landtages, diesen Standort zu unterstützen, unabhängig von dem Betreiber.

Herr Katte von Lucke: Das ist schon mal sehr schön. Weiterhin sagten Sie in einem Nebensatz, dass das Konzept der Johanniter nicht tragbar und händelbar sei. Darf ich da konkret fragen, was an dem Konzept der Johanniter nicht umsetzbar ist, sodass dieses von Ihnen zur Seite geschoben wird? Oder hängt es damit zusammen, dass Sie als Aufsichtsratsvorsitzende der Salus gGmbH tätig sind?

Frau Bröcker: Ich habe gesagt, dass die Kassen dieses Konzept nicht mittragen und nicht bereit waren, darüber weiterhin zu verhandeln. Das sind die ersten Adressaten. Wenn diese es nicht mittragen, dann können wir als Land auch nichts bewegen. Ich war bei der Vorstellung des Konzeptes dabei, aber die Fachebene hat diese Gespräche mit den Kostenträgern geführt.

Herr Katte von Lucke: Haben Sie interveniert? Ich finde, das ist wichtig für unsere Entscheidung. Wenn Sie in den Raum stellen, dass ein Konzept nicht umsetzbar wäre, heißt es für uns zwangsläufig, dass wir die Johanniter nicht unterstützen können. So etwas im Raum stehen zu lassen, finde ich nicht richtig. Da möchte ich von Ihnen bitte eine konkrete Antwort: Was ist an dem Konzept der Johanniter so, dass es nicht umsetzbar ist? Was ist denn überhaupt das Konzept der Salus? Ich habe dieses Konzept heute nicht erkennen können.

Frau Bröcker: Das Konzept der Johanniter hat eine ganze Reihe von Ausschlusskriterien beinhaltet. Zum Beispiel, 5 Jahre keine MDK-Prüfung zu haben und den Standort Genthin wieder zu einem Krankenhausstandort zu machen. Das sind Dinge, die kann ich aus Sicht des Gesundheitsministeriums überhaupt nicht zusagen. Der MDK ist eine Instanz die nicht unserer Fachaufsicht unterliegt. Eine MDK-Prüfung auszusetzen, ist nicht möglich. Darüber hinaus ging es um die Frage, Level 2 für die Geburtsstation zu erreichen. Auch dabei sind uns die Hände gebunden, weil es Vorgaben des Bundes gibt, die Kriterien und Qualitätsstandards dafür vorschreiben. Die Aktivierung des Standortes Genthin als eine Nebenbetriebsstätte des Krankenhauses Stendal ist rechtlich eben nicht möglich. Dazu habe ich bereits mehrfach mit Herrn Krössin gesprochen. Genthin ist aus der Krankenhausplanung herausgefallen, mit der Zusage, die Fördermittel in Stendal zu bekommen. Die Kassen hatten noch weitere Punkte, die ich hier im Detail nicht ausführen kann. Zum Angebot der Salus ist Folgendes zu sagen: Es ist ein Angebot. Es ist das Angebot mit den vor Ort hier tätigen Ärzten, mit den Beschäftigten des KMG-Klinikums ein Konzept zu entwickeln. Das dort viele Fragen offen sind, das ist so und das gebe ich auch zu. Aber es ist eben nur ein Angebot. Die Salus hat auch nur von unserem Haus die politische Verantwortung übertragen bekommen, sich auch dort aktiv zu zeigen, wo der ländliche Raum in der Gesundheitsversorgung Schwierigkeiten hat. Das zeigen wir ja auch im Kontext in der Zusammenarbeit mit dem Altmarkklinikum und dass sind schwierige Fragen die zu klären sind. Aus diesem Grund ist das Konzept auch nicht so konkret wie Sie sich das vorstellen. Aber es soll ja auch erst einmal konkretisiert werden und auch auf der Basis kann dann die Finanzierungsfrage geklärt werden.

Herr Wiese: Wir sitzen heute Abend hier und wurden in den letzten 3-4 Monaten nicht wirklich umfangreich über dieses Thema informiert. Ich weiß, dass es viele Gespräche gab. Wenn wir heute Abend hier beschließen, und ich bin dafür, dass der Landkreis das Krankenhaus zunächst übernimmt, muss es vorher einen Vertrag mit einem Betreiber geben. In dem Augenblick, wo die Unterschrift zur Übernahme des Landkreises hier stattfindet, muss der andere Vertrag der Trägerschaft greifen. Der Landkreis ist nicht in der Lage ein Krankenhaus zu füh-

ren, sowohl fachlich als auch finanziell nicht. Jetzt frage ich mich: Sie wollen alle 47 Krankenhausstandorte erhalten. Ich kenne hier keine einzige vernünftige Zusage die Sie hier machen. Warum haben Sie sich in den letzten 6 Monaten wirklich nicht mal über neue Konzepte Gedanken gemacht? Ich muss auch ganz klar sagen, dass haben Sie vorhin aus der Not heraus geäußert, dass ohne die Hilfe von den Johannitern eine umfangreiche Geschichte nicht machbar ist, weil die Salus überhaupt nicht regional ansässig ist. Gleichzeitig erzählen Sie aber, dass das Konzept von den Johannitern so nicht anerkannt werden kann. Wo sind denn unsere Konzepte für die Zukunft für den immer älter und dünner besiedelten Raum? Anscheinend in Ihrem Haus verschlafen. Ich verstehe die Beschäftigten und ich verstehe die Bürger sowie den Bürgermeister in Havelberg. Seit 6 Monaten haben Sie nichts weiter als geschlafen und ziehen sich aus jeder Entscheidung zurück. Das ist hier ein riesengroßes Problem und für den ländlichen Raum eine absolute Katastrophe. Können Sie uns also eine konkrete Zusage geben?

Frau Bröcker: Das Gesundheitssystem funktioniert nicht so, dass ein Landesgesundheitsministerium sagt, jetzt machen wir ein neues Konzept und finanzieren alles selbst. Wir sind im ambulanten Bereich nicht zuständig. Wir sind darauf angewiesen, dass die Kassenärztliche Vereinigung und die Kassen solche Konzepte mittragen. Auf eine Bundesgesetzgebung zur sektorübergreifenden Versorgung warten wir seit vielen Jahren. Das was wir in diesem Fall tun: Wir finanzieren die Investitionen im Krankenhausbereich. Der Betrieb eines Krankenhauses ist Sache der Kassen im Rahmen der Selbstverwaltung. Insofern kann ich Ihren Wunsch verstehen, dass Sie hier vorne jemanden stehen haben, der sagt wir müssen nur den Hebel rundrehen und dann werden die schläfrigen Ministerialen endlich wach. Das ist einfach Unkenntnis über die Komplexität dieser Aufgabe und unserer Rolle.

Herr Kloth: Eine Nachfrage, die sich ein wenig an der Frage von Herr Staudt orientiert. Welches Finanzrisiko geht der Landkreis ein, wenn er unabhängig vom Betreiber, das Krankenhaus übernimmt? Darauf können Sie keine Antwort geben und das ärgert mich eigentlich etwas, weil gerade auf Landesebene die Ministerien sitzen, die dazu eine Aussage sich hätten überlegen können. Das vorweg geschickt habe ich eine Frage, die vielleicht in eine andere Richtung geht. Gibt es Kenntnis über die Rückzahlung der Fördermittel, wenn das Krankenhaus nicht als Krankenhaus oder Pflegeheim betrieben wird?

Frau Bröcker: Dieser Fördermittelbescheid ist kein Fördermittelbescheid im Sinne einer Landeszuwendung, sondern dass sind Versichertenbeiträge und es ist ein Fördervertrag der zwischen der KMG, den Kassen, der Krankenhausgesellschaft und unserem Haus abgeschlossen wurde. Der Vertrag sieht vor, dass, wenn eine Nutzung als Altenpflegeheim, Krankenhaus oder zu sozialen Zwecken stattfindet, keine Rückforderung der Fördermittel erfolgt. Das können wir mit unseren Partnern gut regeln. Da man diesen Standort damals schon als nicht sicher empfand, wurde eine Nutzung als Altenpflegeheim oder Krankenhaus in dem Vertrag festgeschrieben.

Was die Frage der Finanzierung angeht:

Zur Überraschung im Gesundheitsministerium und Landtag ist von der CDU-Fraktion der Erhalt dieses Standortes gekoppelt mit Fördermitteln bestätigt worden. Das macht das Verfahren einfacher, weil vorher eine solche Regelung überhaupt nicht denkbar war. Insofern haben sich nun neue Möglichkeiten eröffnet. Wenn ein Konzept ambulant mit einigen Betten umgesetzt wird, bedeutet dies, dass auch eine gewisse Anschubfinanzierung stattfinden muss. Dafür werden wir uns stark machen, damit diese auch gezahlt wird und keine Defizite zu Lasten des Haushaltes des Landkreises entstehen. Wie hoch diese Summe sein wird, ist davon abhängig wie das Konzept, die Finanzierung der Kassen und die Nachfrage nach den Gesundheitsleistungen aussehen wird.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen der Staatssekretärin.

Frau Kleemann erklärt, dass die Änderungsanträge der Fraktionen DIE LINKE und der SPD zu einem Änderungsantrag zusammengefasst werden. Sie bedankt sich bei Herrn Poloski und Frau Braun für ihre Reden.

Was wollen wir eigentlich?

Wir wollen eine gut überlegte und dauerhafte Lösung für die Stadt und für die Region Havelberg und den Elb-Havel-Winkel. Die hier zu treffende Entscheidung, die wir heute bedenken müssen ist weitreichend, weil sie nicht nur die Menschen im Elb-Havel-Winkel betrifft, sondern auch den Landkreis in die Verantwortung zurückführt, ein Krankenhaus in seiner Verantwortung zu tragen. Das ist keine Angelegenheit der einzelnen Personen, funktional eines Landrates, sondern es ist eben unsere gemeinsame Verantwortung von uns allen hier in diesem Gremium. Ich hoffe, dass wir das immer noch gemeinsam wollen, egal wie wir jetzt gemeinsam stehen zu den beiden vorgestellten, ja in ihrer Qualität sehr unterschiedlichen Konzepten die wir gehört haben. Die Salus hat sich sehr sichtbar gezeigt und hat gezeigt wo die Baustellen sind. Wenn man etwas schriftlich vorlegt macht man sich natürlich immer angreifbarer, als wenn man nichts schriftliches vorlegt. Wir müssen als Kreistag eine Entscheidung treffen, die müssen wir jetzt und heute treffen. Wir stehen unter einem erheblichen zeitlichen Druck.

Das ist in mehreren Wortmeldungen auch gerade bei der Vorlage der Salus deutlich geworden. Ich glaube wir müssen in der Tat sagen, dass wir bis zum September belastbare Verträge brauchen. Weiter Reden brauchen wir nicht. Ich will noch einmal deutlich machen, wir brauchen schnellstmöglich unterschriftsreife Verträge. Ich will auch noch einmal sagen, dass wir dort gemeinsam Mut brauchen. In beiden Vorstellungen haben wir gesehen, dass es ein offenes Datum gibt. Das hat sicherlich etwas mit der Komplexität zu tun. Ich weiß nicht, wer hier in diesem Raum wirklich ernsthaft widersprechen will, dass wir in einer Situation sind, wo es neue Konzepte braucht. Diese kann man nun mal nur finden, wenn man sich traut erste Schritte zu gehen. Was die Salus vorgelegt hat ist so ein Schritt. Etwas Konzentriertes anzubieten. Wohnen, Soziales, Gesundheit. Warum ist die Salus aus unserer Sicht die einzige Möglichkeit zeitnah eine gangbare Lösung zu finden? Die Salus hat ihrerseits bereits Gespräche mit niedergelassenen Ärzten geführt und ist auch mit den Kostenträgern bereits in einem Gesprächsprozess unterwegs. Bei dem Johanniter-Modell: das ist sicherlich interessant. Dort habe ich aber das nicht gehört. Wir haben auch nichts schriftlich vorliegen, wo dies dokumentiert ist. Es ist natürlich absolut denkbar, dass eine Kooperation zwischen Havelberg, als medizinischer Versorgungsstandort, und dem Johanniter Krankenhaus ist Stendal zustande kommen kann. Daraus entstehen keine Konkurrenzen sondern eine gute Synergie und gute Kooperationsmöglichkeiten. Wir haben auch gehört, was mit den Fördermitteln geschehen kann, wenn wir als Landkreis zum Träger werden und der Betreiber ein anderer ist. Ich will noch einmal sagen, dass es sehr zu schätzen ist, dass die Johanniter hier im Landkreis einen Gesundheitscampus mit Pflegeschule aufbauen werden. Jetzt will ich Ihnen unseren gemeinsamen Antrag noch einmal vorstellen:

1. Der Kreistag beschließt die sofortige Übernahme des Krankenhauses Havelberg.
2. Der Landrat wird beauftragt, dafür einen Vertrag zur Übernahme des Krankenhauses Havelberg durch den Landkreis Stendal mit KMG auszuhandeln und mit dem Vorbehalt einer Bestätigung durch den Kreistag abzuschließen.
3. Der Landrat wird beauftragt, einen Vertrag mit der Salus gGmbH auszuhandeln, das (Dann in Landkreisträgerschaft befindliche) Krankenhaus Havelberg in ein Zentrum der medizinischen Grundversorgung mit der Möglichkeit einer stationären Patientenbetreuung umzuwandeln und dieses dauerhaft zu betreiben.
4. Der Landrat wird beauftragt, verbindliche Regelungen mit dem Land Sachsen-Anhalt und den Kostenträgern zu treffen zur Sicherstellung der Finanzierung dieser Umwandlung und der dauerhaften Betreibung des Zentrums der medizinischen Grundversorgung.

Ich bitte Sie heute sehr darum, dass wir eine Entscheidung treffen. Wir haben miteinander die Pflicht dafür zu sorgen, dass es unterschriftsreife Verträge gibt. Diese müssen dann im September betrachtet werden.

Frau Kunert äußert, dass eine Debatte zu den Anträgen stattfinden muss. Sie fragt nach, ob nur angedacht war, dass nur eine Person dafür oder gegen den Antrag sprechen soll und im Anschluss eine Abstimmung stattfindet.

Frau Schwarz antwortet, dass sie zu Beginn der Kreistagssitzung dies bekannt gegeben und nachgefragt hat, ob alle Anwesenden mit dem Verfahren einverstanden sind. Es gab keine Gegenrede dazu.

Herr Blasche stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung: Es muss zu dem gesamten Tagesordnungspunkt eine Debatte geführt werden.

Herr Schulz stellt ebenfalls einen Antrag zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, dass zunächst erst einmal alle Antragssteller ihre Änderungsanträge vorstellen und im Anschluss daran eine Aussprache erfolgt.

➔ Mehrheitlich Ja                      9 x Nein                      2 x Enthaltung

Da dem Antrag zur Geschäftsordnung mehrheitlich zugestimmt wurde, stellt Herr U. Siegmund den Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor:

Ich möchte zunächst ein wenig, über die allgemeine Situation ein paar Gedanken äußern. Wir stehen jetzt vor der Situation, dass wir eine neue Grundlage haben, dass sich die Landesregierung indirekt durch das Landtagsplenum bereit erklärt hat, die finanzielle Verantwortung für das Krankenhaus Havelberg in Zukunft zu tragen. Diese Chance müssen wir nutzen. Im Moment stellt sich für mich also gar nicht mehr die Frage, ob wir das Krankenhaus übernehmen und das Land zahlt. Hier brauchen wir jetzt wirklich die feste Verpflichtung, um eine entsprechende Planungsgrundlage zu haben. Ich möchte kurz auf die Aufforderung von Frau Braun (Betriebsrat KMG- Klinik) eingehen, die sagte, dass sie an unserem Wissen teilhaben möchte. Das ist mir auch ein inneres Bedürfnis, auch als einer von zwei Vertretern des Landtages, Zahlen zu nennen die in dieser Debatte nicht un-

wichtig sind. Sie sollten vor allem wissen, dass das Land Sachsen-Anhalt bis 2006 jedes Jahr noch 180 Mio. € für die Investition in Krankenhäuser bereitgestellt hat. Im Jahr 2006 kam dann die SPD in die jeweilige Verantwortung für die Ministerien und hat die Investitionszulage sukzessive bis 2015 auf 38 Mio. € abgesenkt. Die SPD hat also 80 % der Krankenhausinvestitionen gekürzt. Dadurch mussten die Häuser die Mittel, die sie für Investitionen brauchten, woanders herbekommen. Die Einsparung hat dann beim Personal und bei der Grundversorgung angefangen. Das geht absolut gar nicht und zeigt, dass die Landesregierung die Investitionsmittel auf das alte Level heben muss. Ich möchte auch gerne noch kurz etwas Politisches sagen. Ich finde es unmöglich, auch als Betroffener, denn ich bin in diesem Krankenhaus geboren und beobachte diese Debatte schon seit längerem. Ich habe im Landtag von Sachsen-Anhalt am 29.01.2020 den Antrag eingebracht, dass die Landesregierung Sorge zu tragen hat und den Landkreis Stendal bei der Rückführung zu unterstützen hat. Wer hat es abgelehnt? Auch die Fraktion Die LINKE. Die Fraktion hätte mit uns gemeinsam diesen Weg gehen können, wollte es aber nicht. In diesem Zusammenhang sollten Sie auch wissen, welchen Beschlüssen Die LINKE im Landtag zustimmt. Sie hat beispielsweise der Parlamentsreform zugestimmt, wo die Diäten und Rentenansprüche der Vorstände der Fraktionen verdoppelt wurden. Auch Herr Gallert, der immer auf den Demos anwesend ist, erhält mit einem Schlag 50% mehr Rente. Sich dann aber auf einer Demo hinzustellen und zu sagen, dass kein Geld da ist, ist eine absolute Frechheit und ich finde es unmöglich, dass man nicht politisch zusammenstehen kann, sondern für unnötige Dinge das Geld ausgibt. Am 01.07.2020 haben wir die Rettung Havelberg erneut im Landtag beantragt. Dort wieder keine Zustimmung - von keiner Fraktion.

Unser Antrag liegt Ihnen vor und ist relativ klar formuliert. Wir fordern den Landrat auf, unverzüglich durch eine Verpflichtungsermächtigung oder durch eine Risikoübernahme des Landes, das Krankenhaus zu übernehmen. Wir haben einen Punkt im Antrag, den ich kurz andiskutieren möchte. Wir möchten auch eine Garantie für die Mitarbeiter aussprechen. Es kann doch nicht sein, dass die Arbeitsverträge der Mitarbeiter auslaufen und keiner so richtig weiß, wie es weitergeht. Hier muss umgehend eine Vereinbarung erstellt werden, damit die Kollegen, die den Standort aufrechterhalten, Planungssicherheit haben.

Ich bitte herzlich um Zustimmung und ich bitte vielleicht noch einmal darum, diese Themen fraktionsübergreifend zu betrachten und gemeinsam eine Lösung für Havelberg zu finden.

Herr Schulz stellt nun den Änderungsantrag der Fraktion Pro Altmark vor.

Ich spare mir die einleitenden Worte, welche Bedeutung ein Krankenhaus für die Region Havelberg hat. Dort sind wir uns alle einig, dass dies Grundvoraussetzung ist, um die medizinische Versorgung stationär abzusichern. Ich war auch in Havelberg bei der Demonstration dabei, wo fast von jedem Redner gefordert wurde, Krankenhäuser und medizinische Versorgung zu verstaatlichen. Ich denke das ist falsch, weil wir dann fehlende Effizienz und keine Entwicklungspotentiale haben, die wir durch die Privatwirtschaft immer wieder sehen. Falsch ist aber auch ein rein privatwirtschaftliches Gesundheitssystem, weil hier die Gefahr droht, dass dies eben nur gewinnorientiert arbeitet. Richtig ist es, dass wir eine Vielfalt von öffentlich rechtlichen privaten und auch gemeinnützigen Trägern haben und dass die Aufgabe der öffentlichen Träger darin besteht dort einzuspringen, wo die anderen nicht mehr wirtschaften können oder wirtschaften wollen. In welcher Situation sind wir jetzt hier? Die Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt ist chronisch unterfinanziert, was zu Schließungen, wie hier in Havelberg, führt. Die Kommunen sind chronisch unterfinanziert, was die Möglichkeiten für Landkreise ein Krankenhaus zu übernehmen und komplett zu betreiben nicht ermöglicht. Schuld daran ist nicht allein die KMG oder der Landkreis. Schuld ist das Land Sachsen-Anhalt. Der Landrat verhandelt mit seinen Mitarbeitern seit über einem halben Jahr an dieser Situation und noch immer haben wir keinen konkreten Plan erhalten, wie es weitergehen soll. Heute sollen wir entscheiden in welche Richtung die Verhandlungen führen sollen. Dieser Zustand gefährdet wirklich die Rettung des Standortes Havelberg. Heute wäre eigentlich ein Beschluss notwendig gewesen, wir stimmen dem Vertrag zu, die Übernahme des Krankenhauses und der Zweitvertrag mit Salus bzw. Johanniter. Das wir da nicht hingekommen sind und der Landrat es nicht geschafft hat, uns eine solche Lösung heute vorzulegen, kann man nicht allein dem Landrat zur Last legen. Mein Eindruck ist, dass das Land hier nicht ausreichend unterstützt hat. Zum Antrag der AfD-Fraktion: Hier werden wir nicht zustimmen, weil wir den Landkreis nicht in der Lage sehen, aus den vorhandenen Mitteln das Krankenhaus zu übernehmen und zu betreiben. Die Anträge von CDU und FDP sind mir zu unkonkret. Die Anträge der Fraktion DIE LINKE und SPD, die ja zum Ziel haben, Übernahme Landkreis und dann Abwicklung über die Salus hin zu einem Altersheim mit MVZ, ist nicht unser Anspruch. Unser Anspruch ist das was die Johanniter hier vorgestellt haben. Das sie wirklich ein modernes neues medizinisches Zentrum in Havelberg etablieren wollen. Wenn man sich die Vergleiche ansieht, ist natürlich bei den Johannitern eine viel größere Schlagkraft da. Nicht nur an Personal, sondern auch an der Technik. Sie haben insgesamt 34.000 Beschäftigte. Die Salus hat 3.580. Woher will die Salus das Personal und die Ärzte erhalten, um in Havelberg ausreichend Personal einzusetzen. Die Johanniter wollen nicht nur die 10 stationären Betten, so wie es die Salus auch möchte, sondern auch zusätzlich hinaus für ihr altersmedizinisches Zentrum weitete 34 stationäre Betten am Standort etablieren. Das ist eine Sache, die die Salus nicht leisten will



oder nicht leisten kann. Essentiell wichtig für die Bürger in Havelberg ist, dass eine Notaufnahme in Havelberg bleibt. Das wurde durch die Johanniter zugesagt. Ein ganz wichtiger Faktor ist auch die Regionalität. Es ist bei all den Diskussionen auch immer das Hauptkrankenhaus in Stendal mit anhängig. Wir müssen alles tun, damit dieser Standort nicht geschwächt wird.

Ich habe Angst, dass heute kein konkreter Beschluss gefasst wird. Sollten die Anträge der Fraktionen SDP, Linke, AfD oder Pro Altmark heute keine Mehrheit finden, stellen die Anträge der CDU und FDP nichts konkretes dar und es würde so weitergehen wie bisher. Wir können auch den Landrat nicht beauftragen weiterhin mit zwei Partnern zu verhandeln. Das bedeutet, wir müssen uns heute auf einen Träger festlegen. Von daher bitte ich alle, die Änderungsanträge gestellt haben, die nicht konkret sind, diese noch einmal zu überdenken.

Herr Berlin stellt den Antrag der Fraktion FDP-Bündnis 90/Die Grünen-Landwirte für die Region vor.

Der Grund, warum wir unseren Antrag noch nicht konkret gestellt haben, ist, dass wir uns beide Vorstellungen heute anhören wollten. Ich wollte meinen Kollegen die Möglichkeit geben, sich beide Partner anzuhören. Unser Antrag wird demnach noch konkretisiert. Frau Staatssekretärin, im Vertrag 2013 steht, was erfolgt, wenn die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben ist. Das heißt, das Ministerium hat gewusst, dass die KMG kein Krankenhaus mehr betreiben kann, wenn die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben ist. Schon mit dem Tag hätte irgendwo ein Notfallplan erstellt werden müssen. Ich kenne fast jedes Haus hier in der Altmark. Ich habe beruflich Havelberg, Salus, Johanniter, Gardelegen und Salzwedel begleitet und weiß, dass sich jeder Mühe gibt. Es wird nicht besser, denn wir sind am Ende von Sachsen-Anhalt und dünn besiedelt. Der Elb-Havel-Winkel ist wirklich besonders schwierig dran. Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Der Kreistag beauftragt den Landrat umgehend und gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt ein Verfahren zu erarbeiten, um das Krankenhaus Havelberg zu übernehmen, und die Umwandlung in eine Gesundheitseinrichtung in Trägerschaft der Johanniter Genthin-Stendal GmbH unter Einbeziehung der Forderungen in die Verhandlung, die beispielsweise Pro Altmark angebracht hat, vorzubereiten.

Ein abschließendes Ergebnis ist dem Kreistag zur Beschlussvorlage zu unterbreiten.

Damit ist die nächste Kreistagssitzung gemeint.

Herr Schmotz stellt zum Schluss den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Erfreulich ist die Einigkeit der Fraktionen darin, die medizinische Versorgung in Havelberg und in der Region Elb-Havel-Winkel zu erhalten. Den Weg dahin haben wir sehr unterschiedlich für uns festgestellt und ausgesprochen. Die CDU-Fraktion und auch ich persönlich halten diesen Weg für noch nicht beschrieben. Deshalb ist unser Antrag relativ offen gestaltet. Warum ist das so? Wenn man eine solche Entscheidung von solcher Tragweite trifft, dann bedarf es einer Folgenabschätzung. Ich will nur einige Punkte nennen, die in diese Folgeabschätzung einfließen müssen. Was ist mit der Immobilie? Wie wird sie übernommen? Zu welchem Preis wird sie übernommen? Unter welchem Zustand? Was ist mit dem Personal, den Arbeitsplätzen vor Ort? Gibt es einen Übergang dieser Arbeitsplätze oder ein Ende und Neubeginn? Was ist mit der vorhandenen Medizintechnik, die mit dem Gebäude fest verbunden ist? Welche Kosten entstehen dem übernehmenden (Landkreis) durch diese Übernahme? Welche Perspektivplanung liegt vor? Wie sieht das Ergebnis dieser Übernahme nach Verhandlungsabschluss aus?

Wir haben es alle hier gehört, dass durchaus die Möglichkeit besteht, dass beide Träger sich in diesem Gebäudekomplex wiederfinden. Wenn es eine Abgrenzung der Aufgaben und eine Abgrenzung der Kostentragung gibt, ist dies möglich. Wir sind immer noch an einer Stelle, wo zumindest für mich nicht klar ist, wo geht der Weg hin und welches Risiko übernehmen wir als Landkreis und vor allem welche Antwort geben wir den Menschen konkret. Es muss uns auch wert sein, dass wir in der nächsten Woche noch einmal zusammenkommen, weil diese Dinge einfach zu wichtig sind, als sie noch länger vor sich herzuschieben. Ich will auch im Namen der Fraktion sagen: Wir brauchen Klarheit zu den Folgen, die sich aus einem solchen Beschluss ergeben. Wir brauchen einen Ablaufplan, der zumindest perspektivisch strukturiert ist. Wir werden uns auch nicht erhoffen können, dass die Kassenärztliche Vereinigung oder die Kassen für Havelberg eine besondere Regelung finden, da sie an gesetzliche Normen, die bundesweit gelten, gebunden sind. Wir brauchen auf jeden Fall das Land Sachsen-Anhalt, um einen solchen Weg zu beschreiten und die medizinische Versorgung in Zukunft sicher zu stellen.

Herr U. Siegmund: Die Einbringung der einzelnen Anträge hat ergeben, dass unser Antrag definitiv keine Mehrheit finden wird. Wir ziehen unseren Antrag hiermit zurück. Wir sind der Meinung, dass dieses Thema viel zu wichtig ist, um dies in politischen Fragen auslaufen zu lassen. Deswegen haben wir beschlossen, dem Antrag zuzustimmen bei dem wir die größten Schnittmengen sehen. Das ist der Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE. Diesem Antrag möchten wir zustimmen, stellen allerdings den Änderungsantrag sich nicht nur auf die Salus gGmbH zu fixieren, sondern auch die Johanniter GmbH in Betracht zu ziehen. Wenn die Fraktionen dazu nicht bereit sind, werden wir dem Antrag auch so zustimmen.

Frau Kunert: Herr Schmotz, Sie haben in Ihrem Antrag dargelegt, warum Sie sagen, wir können heute eine keine konkrete Entscheidung treffen. Herr Puhlmann hat von einer neuen Dynamisierung in dem ganzen Prozess gesprochen. Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass das im Landtag deshalb so stattgefunden hat, weil die Mitarbeiter/innen einfach nicht aufgegeben haben und uns ordentlich auf die Nerven gehen und immer wieder sagen, dass wir uns um sie zu kümmern haben. Von daher ist es einfach nur wichtig zu sagen, dass ich die Redner der CDU-Fraktion in der Debatte im Landtag proaktiv erlebt habe. Wir haben den Antrag gestellt, weil wir sehr enttäuscht waren von der Vorlage aus der Verwaltung. Das was in dem Rumpf, wie der Landrat es später nannte, steht, ist der Stand von vor vielen Wochen. Die Fragen die dort zu klären sind, sind seit Mitte März bekannt und werden nicht geklärt. Deshalb sage ich, man muss jetzt die Entscheidung treffen, dass der Landkreis übernimmt. Erst dann haben wir den Einfluss darauf, dass das Land diese Fragen beantwortet. Das Land ist sehr stark kritisiert worden und wir sind diesbezüglich auch sehr enttäuscht. Man kann eben nicht Fördermittel an die KMG mit dem Hinweis geben, dass eine soziale Einrichtung anstelle eines Krankenhauses auch möglich wäre. Damit eröffne ich die Möglichkeit, dass so ein Krankenhaus leergezogen wird. Von daher erwarten wir zukünftig vom Land, dass sie sich einbringen. Am 19.03.2020 haben wir bereits parteiübergreifend festgestellt, dass wir diesen Standort erhalten wollen. Wir können uns auch gut erinnern, dass Herr Stoll sehr viele Zahlen dargelegt hat. Außerdem wurde uns mitgeteilt, dass ein Büro aus Berlin beauftragt wurde, welche sich mit Krankenhausverkäufen auskennt. Wir haben die richtigen Ergebnisse daraus nie erfahren. Herr Stoll hat auch noch etwas anderes interessantes gesagt. Er hat nämlich gesagt, dass man als Betriebswirt mit Verhandlungsgeschick und Zeit bei der KMG einiges erreichen könnte und dazu etwas Mut braucht. Diesen Mut sollten wir heute zusammennehmen und beschließen, dieses Krankenhaus zu übernehmen. Wir sprechen uns eindeutig für die Salus gGmbH aus, weil sie mit dem Angebot in die Region passen und niedergelassene Ärzte einbinden. Die Kommune selbst möchte gerne die Salus gGmbH vor Ort als Partner haben.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass wir am Dienstag mit Herrn Dr. Krössin zusammengesessen haben und dort ein Hubschrauber noch keine Rolle gespielt hat. Den Hubschrauber bringen sie nun in ihre Vorlage ein, um Regionen zu verbinden. Das halte ich für problematisch.

Zudem beantrage ich, die Punkte unseres gemeinsamen Antrages einzeln zur Abstimmung zu stellen.

Frau E. Braun: Ich habe diese Wahrnehmung, was den Vortrag der Salus angeht, nicht feststellen könne. Nur weil ein Papier auf dem Tisch liegt, mit angereichten Fakten, ist das für mich kein überzeugendes Konzept. Ich war übrigens sehr enttäuscht, weil ich eigentlich von der Salus viel mehr erwartet habe. Dieses Konzept ist nicht dazu da, dass zu realisieren, was sich die Havelberger vorstellen. Die Havelberger wollen eine Grundversorgung. Auch die Johanniter haben das Konzept der niedergelassenen Ärzte, Einbindung, Krankenhausbetten und Geriatrie in ihrem Modell vorgestellt. Die Schlagkraft der Johanniter hinsichtlich der Ärztebereitstellung ist jedoch unstrittig. Das Signal, welches Havelberg braucht, ist eine ganz klare deutliche Mehrheit. Dies wird allerdings schwer, bei allen Anträgen die heute hier gestellt werden. Das Land hat sich wirklich zu viel Zeit genommen und zugesehen wie das Krankenhaus runtergewirtschaftet wurde. So sind wir an einem Punkt angekommen, wo wir als Kreistag wieder eine Entscheidung zu treffen haben. Das Problem besteht auch mit den Kassen. Ich finde nicht, dass das Land als Entscheidungsträger für unsere Bürger/innen nicht in die Pflicht genommen werden kann, mit den Kassen zu reden. Ich finde diese Abweisung der Kassen sind Alibis um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Die Kassen verwalten das Geld der Beitragszahler. Das ist Geld von arbeitenden Menschen aus der Region. Das Solidarprinzip haben auch die Kassen einzuhalten. Die schwachen Regionen müssen von den starken Regionen gefördert werden. Bevor eine Entscheidung getroffen wird, sollten sich die Fraktionen noch einmal beraten. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, eine 5-minütige Pause nach Abarbeitung der festgelegten Rednerliste einzulegen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung wird zur Abstimmung gestellt.

➔ mehrheitlich x Ja      4 x Nein      5 x Enthaltung

Frau Müller: Ich möchte mich kurz bei den Havelbergern bedanken, dass sie so tapfer und mutig bis heute gekämpft haben. Wir haben zwei Konzepte hier vorgestellt bekommen und von beiden Vortragenden die Zusage, dass auch ein gemeinsamer Weg möglich wäre. Ich schlage vor, dass dies vom Landrat zu prüfen ist und wir uns eventuell im Sommer noch einmal zusammenfinden sollten. Dann stellt sich mir die Frage, woher Frau Kunert die Aussage hat, dass die Stadt die Salus gGmbH als Partner haben möchte. Ich bin im Stadtrat und habe von dieser Aussage noch nichts gehört.

Herr Schulenburg: Ich möchte noch einmal auf eine Gefahr hinweisen, die ich an dieser Stelle sehe. Wir haben beide Konzepte gehört. Beide haben etwas Positives und etwas Negatives. In der Gesamtheit stehen sie für den Erhalt des Standortes. Das Konzept von der Johanniter GmbH war hervorragend. Aber wenn wir uns jetzt allein auf das Konzept der Johanniter fixieren, haben wir ein Problem, denn die Johanniter haben konkrete Forderungen an das Land. Diese Forderungen wurden mehrfach gegenüber dem Ministerium bekundet. Die Staatssekretärin hat auch noch einmal deutlich gemacht, dass bei bestimmten Forderungen die Kostenträger einfach nicht zustimmen. Sollte es also so sein, dass wir uns auf einen Partner fixieren und dieser nur unter gewissen Voraussetzungen tätig wird, sitzen wir in einigen Wochen wieder hier an der gleichen Stelle und kommen nicht weiter. Ich appelliere noch einmal an den Landrat. Sie haben wirklich die letzten Monate den Kreistag und die Fraktionen nicht ordentlich in die Arbeit eingebunden. Ich erwarte von Ihnen die nächsten Wochen regelmäßige Informationen dazu.

Herr Wiese fragt nach, ob die Möglichkeit besteht, dass die KMG den Krankenhausbetrieb einstellt und ein Altersheim betreibt.

Der Landrat äußert, dass es für den Fall einer Solidärgeriatrie Schwierigkeiten geben könnte, da dies selbst viele Jahre durch KMG angestrebt wurde. Es sind viele Akteure in diesem Thema involviert und die Gespräche dazu sind noch nicht abschließend geführt. Grundsätzlich ist KMG daran interessiert, das gesamte Paket zu verkaufen.

Es findet eine 5-minütige Pause statt.

Herr Schulz teilt nach der Pause mit, dass Debatten immer die Eigenschaft haben, dass man mit Anträgen und Zielen reingeht und während der Diskussion feststellt, dass man kompromissbereit sein muss. Aus diesem Grund bittet er folgende Änderung in Punkt 1 des Antrages seiner Fraktion zu vermerken:

1. Der Kreistag beauftragt den Landrat, Verhandlungen mit dem Land Sachsen-Anhalt, der KMG, ~~und~~ der Johanniter GmbH **und der Salus gGmbH** aufzunehmen, um am Standort Havelberg eine Portalklinik ~~des Johanniter Krankenhauses Stendal~~ einzurichten.

Herr Berlin: Wir haben uns mit Pro Altmark verständigt und schließen uns diesem Antrag, mit der o.g. Änderung, an. Wir ziehen damit unseren Antrag zurück.

Herr Staudt: Wir ziehen unseren Antrag ebenfalls zurück und schließen uns dem geänderten Antrag von Pro Altmark an.

Frau Kleemann: Ich möchte noch einmal dafür werben, heute eine Entscheidung zu treffen. Dies wäre mit der Zustimmung zum Antrag der SPD und den Linken möglich. Jetzt gibt es den Wunsch der AfD-Fraktion, die Johanniter mit aufzunehmen. Ich finde es eine gute Idee, weil wir glauben, dass wir an der Stelle die Kooperation schärfen können. Ich möchte es aber nicht in den fertigen Beschlusstext aufnehmen, sondern eher anregen, dass wir die Kooperationsmöglichkeit zwischen der Salus gGmbH und den Johannitern mit aufnehmen. Dies aus zeitlichen und strategischen Gründen. Der zeitliche Grund ist, dass wir die Zeit, mit zwei parallel gleichwertigen Partnern zu verhandeln, gar nicht mehr haben, wenn wir im September beschlussfähige Verträge haben wollen. Der andere Punkt ist der, dass wir einen verlässlichen Partner haben müssen, mit dem wir gut zusammen arbeiten können. Das wir strategisch dann sagen, die Johanniter als potentiellen Kooperationspartner einzubeziehen, da sie hier das Krankenhaus in Stendal betreiben und mit anderen Kompetenzen unterwegs sind, das kann dann Teil der weiteren Verhandlungen sein. Aber ich glaube, dass wieder Zeit verloren geht, wenn die Johanniter hier gleichwertig mit aufgenommen werden. Deswegen bitte ich darum, dass dies nicht in den Beschlusstext aufgenommen wird. Auf jeden Fall sollten wir heute beschließen, dass wir das Krankenhaus sofort übernehmen und nicht erst einen Beschluss fassen, dass wir noch mal beraten und beauftragen. Das hilft uns nicht weiter. Dort waren wir die letzten Wochen schon.

Herr U. Siegmund: Ich hatte vorhin angekündigt, wenn die Änderung des Antrages von SPD und DIE LINKE nicht bestätigt wird, stimmen wir trotzdem zu. Das hat sich geändert, weil Pro Altmark auf unser Ansinnen des Änderungsantrages von den Fraktionen DIE LINKE und SPD eingegangen ist. Wir halten den Antrag natürlich aufrecht. Wenn der Aufnahme der Johanniter im Antrag SPD und DIE LINKE aufgenommen wird, stimmen wir dort mit ab. Wenn nicht, dann würden wir den Vorschlag von Herrn Schulz annehmen, weil dieser unser Ansinnen mit aufnimmt.

Die Vorsitzende hinterfragt Herrn Siegmund, Sie halten den Änderungsantrag der LINKEN / SPD aufrecht? Dies wird bestätigt.

Herr Katte von Lucke hat eine Frage an den Landrat: Sie sagten eben, es gäbe Vorgespräche mit der KMG zur Übernahme des gesamten Paketes. Das hat mich überrascht, denn wir sprechen momentan immer über die Immobilie, nicht über das gesamte Paket. Das gesamte Paket bedeutet die Schuldübernahme, Personalübernahme und § 613a BGB. Das bedeutet, dass alle Arbeitsverhältnisse fortgesetzt werden. Es ist somit wichtig, dass wir wissen, worüber wir hier eigentlich abstimmen. Was ist mit der Übernahme des Krankenhauses gemeint? Ich habe ein deutlich geringeres Problem zu sagen, wir übernehmen die Immobilie. Wir haben Ausführungen sowohl von der Salus gGmbH wie auch von den Johannitern erhalten, dass die Immobilie soweit in Ordnung ist. Aber wenn wir über das andere sprechen, erwarte ich, dass uns die Risiken dargelegt werden, bevor wir hier solch einen Entschluss fassen.

Der Landrat: Die Paketlösung ist das, was vorliegt. Paketlösung heißt inklusive Arbeitsverträge etc. So wie der Standort jetzt ist und wie wir ihn kennen, wird er nicht von den Johannitern und von Salus weiterbetrieben werden. So werden wir ihn auch nicht weiterbetreiben. Entscheidend sind Strukturfondmittel. Diese hängen an der Prüfung eines Krankenhauses. Wenn wir dieses Geld nutzen wollen, um das Ganze in diese Konzepte umzuwandeln, wie sie entweder von den Johannitern oder von Salus vorgebracht wurden, dann ist die Frage, schließt KMG das Krankenhaus? Dann bekommen die diese Mittel – wenn sie überhaupt welche bekommen. Ich habe den Mitarbeitern immer gesagt, es gibt nicht mehr die Lösung. Ich habe auch nie die Gespräche abgebrochen, ich habe nur gesagt, wie es ist.

Noch einmal zu Herrn Schulenburg: Natürlich habe ich im Zuge, dass wir als Verwaltung diesen Antrag einbringen wollen, dass wir dieses Klinikum übernehmen mit KMG gesprochen. Im Gegenzug habe ich gefragt, ob das Angebot zu ähnlichen Bedingungen, wie wir sie damals im Herbst hatten, zur Verfügung steht. Dies erfolgte in den letzten beiden Wochen, nachdem auch im Landtag die Unterstützung zugesagt wurde. Insofern ist es keine Information, die seit 3 Monaten herum liegt, sondern es ist eine Information, die jetzt da ist und die heute in diesem Zuge hier mit zum Tragen kam.

Herrn Katte von Lucke ist die Beantwortung seiner Frage zu wenig. Wenn Sie sagen, das ist schon mal durchgeprüft worden, dann müssten wir die Risiken kennen. Ist juristisch abgeklärt, was mit den Arbeitsverhältnissen geschieht, was gibt es an Versorgungslasten, Pensionslasten etc. Ist das juristisch konkret überprüft worden? Das ist ganz elementar. Wir können nicht etwas kaufen, wovon wir nicht wissen, welche Risiken bestehen.

Der Landrat: Deshalb soll es den Grundsatzbeschluss geben. Wir müssen dies juristisch prüfen lassen und dafür Geld ausgeben. Das war heute mein Eingangsstatement. Deswegen muss ist jetzt wissen, ist es für den Kreistag interessant, eines dieser Modelle fortzuführen? Fakt ist auch, es ist möglich diese Abwicklungskosten – ob es Pensionszahlungen, Abfinden etc. sind – über den Strukturfond abzuwickeln. Das ist meine Informationslage. Deswegen steht im ursprünglichen Antrag auch, wir müssen mit dem Land klären, wie Abwicklungskosten für das Krankenhaus über diese Strukturfondmittel finanziert werden. Abwicklung heißt eben auch Pensionszahlungen und alle Kosten die damit verbunden sind. Und dafür ist dieser Strukturfond da, nämlich um die Schließung und den Abbau von Kapazitäten im Krankenhaus zu lösen. Diese Modelle, die wir machen wollen, fallen nicht unter das Krankenhaus, sondern es sind Gesundheitsstandorte mit stationärer Patientenbetreuung.

Herr Katte von Lucke bringt eine Rüge vor: In Ziffer 1 des Antrages von DIE LINKE / SPD heißt es: „Der Kreistag Stendal beschließt die sofortige Übernahme des Krankenhauses Havelberg.“

Der Landrat: Sie können die Risiken, bevor der Kreistag sein Status gibt, dann noch einmal abstimmen.

Die Vorsitzende äußert, dass Frau Kunert in ihrer Rede mitgeteilt hat, dass über jeden einzelnen Punkt abgestimmt werden soll.

Herr Katte von Lucke möchte dann seine Anmerkung als Hinweis geben.

Herr Blasche hat einen Antrag zur Geschäftsordnung: Er weist darauf hin, dass zur Intension des AfD-Antrages sich Frau Kleemann schon in ihrem Wortbeitrag geäußert hat. Die AfD kann unseren Änderungsantrag nicht ändern. Und das kann auch nicht die Mehrheit des Kreistages. Es ist unser Änderungsantrag zum Ursprungsantrag.

Jetzt zur Intension der drei Punkte: Der erste Punkt enthält den Vorbehalt der Kreistagsbestätigung. Dieser Zusatz ist unter Punkt 1 mit enthalten. Das heißt, die sofortige Übernahme, und dann gibt es diesen Zusatz der SPD – der immer nicht genannt wird – der ursprünglich im SPD-Antrag mit enthalten ist.

Die Vorsitzende richtet sich an Herrn U. Siegmund und bemerkt, dass der Änderungsantrag der AfD zum Änderungsantrag der SPD / DIE LINKEN nicht möglich ist. Wollen Sie jetzt noch einmal einen gesonderten Antrag stellen zu dem, was Sie vorab gesagt haben?

Dies ist nicht der Fall.

Die Vorsitzende stellt sodann den gemeinsamen Antrag der SPD und DIE LINKE zur Abstimmung. Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, dass wir über jeden Punkt einzeln abstimmen. Der Antrag beinhaltet jetzt:

Punkt 1, Satz 1 aus dem Antrag DIE LINKE: „Der Kreistag Stendal beschließt die sofortige Übernahme des Krankenhauses Havelberg.“

Abstimmung:

➔ 13 mal Ja            mehrheitlich Nein            8 Stimmenthaltungen  
Damit ist der Satz 1 abgelehnt.

Punkt 2 (ehemals Satz 1 der Fraktion der SPD): „Einen Vertrag zur Übernahme des Krankenhauses Havelberg durch den Landkreis Stendal mit KMG auszuhandeln und mit dem Vorbehalt einer Bestätigung durch den Kreistag abzuschließen.“

Abstimmung:

➔ 16 mal Ja            Nein 21            8 Stimmenthaltungen  
Damit ist der Punkt 2 abgelehnt.

Punkt 3: „Einen Vertrag mit der Salus gGmbH auszuhandeln, das (dann in Landkreisträgerschaft befindliche) Krankenhaus Havelberg in ein Zentrum der medizinischen Grundversorgung mit der Möglichkeit einer stationären Patientenbetreuung umzuwandeln und dieses dauerhaft zu betreiben.“

Abstimmung:

➔ 14 mal Ja            Nein mehrheitlich            keine Stimmenthaltungen  
Damit ist der Punkt 3 abgelehnt.

Punkt 4: „Verbindliche Regelungen mit dem Land Sachsen-Anhalt und den Kostenträgern zu treffen zur Sicherstellung der Finanzierung dieser Umwandlung und der dauerhaften Betreuung des Zentrum der medizinischen Grundversorgung.“

Abstimmung:

➔ 14 mal Ja            Nein mehrheitlich            10 Stimmenthaltungen  
Damit ist der Punkt 4 abgelehnt.

Die Vorsitzende verweist darauf, dass der Antrag der AfD zurückgezogen wurde.

Sie geht sodann auf den Antrag der Fraktionen Pro Altmark, AfD, CDU und FDP – Bündnis 90/Die Grünen – Landwirte für die Region ein. Dieser soll jetzt wie folgt lauten:

„Der Kreistag beauftragt den Landrat, Verhandlungen mit dem Land Sachsen-Anhalt, der KMG, der Johanniter GmbH und der Salus gGmbH aufzunehmen, um am Standort Havelberg eine Portalklinik einzurichten.“

Abstimmung:

➔ mehrheitlich Ja            1 mal Nein            14 Stimmenthaltungen  
Damit ist der Antrag angenommen.

Durch die Vorsitzende wird erklärt, dass damit der Grundsatzbeschluss hinfällig ist. Der Landrat hat mit der Annahme des Antrages der Fraktionen Pro Altmark, AfD, CDU und FDP – Bündnis 90/Die Grünen – Landwirte für die Region einen klaren Auftrag durch den Kreistag erhalten.

**zu TOP 9 Fortschreibung der gültigen Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Berufsbildenden Schulen – Antrag zur Beschulung in der Schulform Berufsschule für den Beruf: Fachpraktiker für Metallbau gemäß § 66 BBiG/§42 HWO Absatz 3  
Vorlage: 218/2020**

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

***einstimmig beschlossen***

**zu TOP 10 Fortschreibung der gültigen Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Berufsbildenden Schulen – Antrag zur Beschulung in der Schulform Berufsschule für den Beruf: Fachpraktiker für Zerspanungsmechanik gemäß § 66 BBiG/§42 HWO Absatz 3  
Vorlage: 219/2020**

Die Vorlage wird zur Diskussion gestellt.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

***einstimmig beschlossen***

**zu TOP 11 Anfragen und Anregungen**

Frau Ahrberg fragt nach dem Stand der Besprechungen und Beratungen zum Fortbetrieb der Fähre Ferchland-Grieben?

Die Vorsitzende informiert darüber, dass die Antwort auf die Frage von Frau Ahrberg schriftlich erfolgt.

Es gibt keine weiteren Anfragen und Anregungen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird geschlossen.